Stefan Metzger: «Es ist ein Umverteilungsgesetz mehr»

In zehn Tagen entscheidet das Schweizer Stimmvolk über das Klimaschutzgesetz. Die EP/PL hat SP-Grossrätin Franziska Preisig und SVP-Grossrat Stefan Metzger zu einem Streitgespräch nach St. Moritz geladen. Eine Stunde lang haben sie engagiert diskutiert und ihre Standpunkte vehement verteidigt.

RETO STIFEL UND JON DUSCHLETTA

SVP-Grossrat Stefan Metzger stemmt sich gegen das «heuchlerische» Klimaschutzgesetz. Foto: Reto Stifel

«Engadiner Post/Posta Ladina»: Franziska Preisig, die Gletscherinitiative verlangte ein Verbot fossiler Brennstoffe bis 2050. Beim indirekten Gegenvorschlag, dem Klimaschutzgesetz, soll der Verbrauch fossiler Energieträger nun nur noch so weit wie möglich eingeschränkt werden. Wie können Sie ein solches Kompromissgesetz unterstützen?

Franziska Preisig*: Wir stimmen jetzt über ein Gesetz ab, welches im Ziel eigentlich genau das Gleiche erreichen will wie die Gletscherinitiative oder zuvor auch schon das abgelehnte CO_2-Gesetz: Es will uns klimafit und auch klimaneutral machen bis 2050, allerdings ohne Einschränkungen und Verbote. Trotzdem gibt uns das Gesetz einen klaren Absenkpfad vor, verteilt über drei Etappen, 2030, 2040 und 2050, die durch den Bundesrat kontrolliert werden müssen und diesem, sollten die Vorgaben nicht erfüllt werden, die Möglichkeit weiterer Massnahmen lässt. So gesehen bin ich nicht unglücklich über diesen Kompromiss, weil er eben auf freiwilliger Basis wirkt, als weniger krass empfunden wird, aber das gleiche Ziel verfolgt.

Stefan Metzger, Sie wollen auf der Liste der SVP-Gipfelstürmer im Herbst in den Nationalrat gewählt werden. Die Gipfel bröckeln, die Gletscher schmelzen, ist es da nicht höchste Zeit für Massnahmen zum Schutz des Klimas?

Stefan Metzger*: Die Schweiz, ihre Gesetze und ihre Politik werden das globale Klima nicht ansatzweise beeinflussen. Damals, bei der Klimakonferenz in Paris, war es doch so, dass die Teilnehmer aus aller Welt mit dem Flugzeug angereist sind und in Luxushotels logierten. Diese Staatsvertreter hielten sich also selbst nicht daran, die Treibhausgasemissionen zu vermindern. Natürlich sehe ich auch im Engadin Gletscher und Permafrost schmelzen, das ist offensichtlich. Es mag unserem Planeten zurzeit nicht so gut gehen, und auch wenn ich kein Wissenschaftler bin, sehe ich, dass sich das Klima im Wandel befindet. Aber das ist nicht das erste Mal, dass sich das Klima wandelt. Wie viel davon wirklich menschengemacht ist, das weiss ich nicht, stelle mir aber vor, dass die global stark steigende Bevölkerungszahl einen Einfluss haben könnte. Die Massenzuwanderung in die Schweiz führt zu mehr Dichte und zu mehr Versiegelung der Landschaft, und Naturereignisse verursachen grössere Schadenfälle.

> **«Nein, wir haben das Geld nicht, wenn wir ehrlich sind»**
> Stefan Metzger

Also braucht es gar kein Gesetz?

Metzger: So, wie ich politisch denke, braucht es dazu kein Gesetz. Was wir brauchen, ist Selbstüberlegung, Selbstreflexion, und dann sollten wir konsequent so handeln, wie wir das für gut empfinden. Das tun wir ja schon. Wenn wir unsere Heizung ersetzen, so überlegen wir, welchen neuen Energieträger wir einsetzen können, auch wenn wir ein neues Auto oder einen Kühlschrank kaufen, machen wir solche Überlegungen. Das passiert ganz von alleine.

Reicht demnach die Freiwilligkeit?

Preisig: Das Gesetz beruht ja weitgehend auf Freiwilligkeit, aber ich muss zuerst gegen die Aussagen zur Klimakonferenz antworten. Dass die Teilnehmer mit dem Flugzeug nach Paris gereist sind, ist doch irrelevant. Relevant ist vielmehr, was sie dort festgestellt haben, dass der Klimawandel nämlich sehr wohl menschengemacht ist und dass die fossilen Emissionen von Öl und Gas oder auch die Abholzung von Wald für die Erderwärmung verantwortlich sind. Die Staaten sind sich einig, dass sie den weiteren Temperaturanstieg nicht tolerieren und dass sie bis 2050 eine Null-Grenze setzen wollen. Dieses Ziel haben alle Staaten abgemacht, und die Schweiz hat es ratifiziert. Wenn ich ein Ziel habe, auch ein persönliches, so brauche ich doch irgendwo einen Weg, der mich dorthin führt. Ich kann doch beispielsweise nicht ohne Training den Engadiner bestreiten …

Metzger: … aber auch beim Marathon braucht es Spielregeln, an die sich alle halten müssen. Ich glaube einfach nicht, dass sich alle Staaten an die Spielregeln halten, auch wenn sie den völkerrechtlichen Vertrag mitunterschrieben und ratifiziert haben.

> **«Dieses Gesetz denkt auch an kommende Generationen»**
> Franziska Preisig

Aber die Schweiz kann sich daranhalten.

Metzger: Selbstverständlich können wir in der Schweiz den Musterschüler spielen. Das geht aber dann auf Kosten der Normalverdiener, weil die Preise steigen. Wir kennen das aus dem Gesundheitswesen, wenn wir überall die Prämienverbilligungen abschaffen würden, dann würde uns noch viel stärker bewusst, dass wir uns das, was wir tun, eigentlich gar nicht leisten können. Wir sind egoistisch in eigenen Dingen, aber wir sind dann gerne dabei, wenn wir schauen, wie sich die anderen verhalten.

Preisig: Aber ist nichts machen nicht auch egoistisch? Ich sage, dieses Gesetz denkt auch an die kommenden Generationen. Nichts tun, ist der grösste Egoismus, den es heute gibt.

Metzger: Vielleicht ist der grösste Egoismus auch der, dass wir es in unserer Zeit verlernt haben zu sparen. Wir haben im Mittelstand keine Sparquote mehr, können uns nichts mehr auf die Seite legen, geben alles Geld, das wir haben, gleichzeitig aus. Unsere Vorfahren konnten noch Geld zur Seite legen für das Alter, heute haben die Leute nichts mehr.

Preisig: Was auch kein Wunder ist, angesichts der aktuellen Wohnpreise.

Franziska Preisig hat bestätigt, dass das Gesetz nicht sehr verpflichtend ist und auf Freiwilligkeit beruht. Vor was haben Sie, Stefan Metzger, Angst?

Metzger: Sobald wir ein solches Gesetz haben, sind neue Verordnungen und damit die Macht der Verwaltung mit ausufernden Verordnungen aus den Schreibstuben von Bund und Kantonen die Folge. Diese werden dazu führen, dass die Sache dann doch nicht so freiwillig ist, wie es auf den ersten Blick erscheint. Gesetze haben den grundsätzlichen Effekt, uns in unserer Freiheit etwas einzuschränken. Ich will aber keine Erziehung vom Staat her, und ich will auch keine Moralisierung, beispielsweise durch die Vorgabe, dass der Schweizer Finanzplatz hier einen Beitrag dazu leisten soll. Das eine hat doch nichts mit dem anderen zu tun.

Preisig: Aber das Problem ist ein globales und geht uns alle an. Die Klimakrise ist weltweit, deshalb müssen wir alle unseren Beitrag dazu leisten. Wir haben das Geld und können uns das auch leisten. Das ist der grosse Unterschied zu vielleicht Entwicklungsländern.

Metzger: Nein, wir haben das Geld nicht, wenn wir ehrlich sind. Wir heucheln uns das vor. Wie gesagt, es ist nicht so, dass wir das Geld einfach haben.

Preisig: Und wenn wir nichts tun? Beispielsweise die 38 Milliarden Franken, die wir einsetzen müssen, damit uns die Berge nicht auf den Kopf fallen. Das ist Geld, das nie mehr in den Wirtschaftskreislauf zurückkommt. Geld, welches wir einmalig ausgeben.

> **«Ein Gesetz zu Lasten der Staatskasse ist heuchlerisch»**
> Stefan Metzger

Nichts tun kostet also mehr?

Preisig: Viel mehr. Wenn wir jetzt diese 200 Millionen Franken Fördergelder pro Jahr investieren, so fliessen diese direkt in den Wirtschaftskreislauf.

Metzger: In der ganzen Geschichte der Alpen waren diese schon immer in Bewegung. Das ist einfach so, und das wissen die Menschen in den Alpen auch. Das hat auch mit dem Klima zu tun, das bestreite ich nicht, es ist ein Zusammenspiel, aber die Natur wird immer der Stärkere sein. Ob und inwieweit wir am Schluss das Klima wirklich werden beeinflussen können, das weiss ich persönlich nicht.

Preisig: Aber die Wissenschaft weiss es und hat mehrfach und weltweit immer wieder bestätigt, was die Ursache ist und dass, wenn wir diese Ursache bekämpfen, die Erderwärmung tatsächlich gestoppt oder zumindest gebremst werden kann.

Metzger: Ich glaube nicht, dass die Entwicklung gestoppt werden kann. Es gibt andere globale und klimatische Einflüsse, und damit meine ich solche, die über einen grossen Zeitraum, über Hunderttausende von Jahren, Einfluss nehmen. Veränderungen gab es immer wieder.

Preisig: Auch wenn wir das jetzt so stehen lassen würden, bleibt immer noch der Punkt, dass wir zurzeit extrem abhängig sind von fremden Staaten. Alle fossilen Energien, Kohle, Gas, Öl, stammen von auswärts und kosten uns jedes Jahr etwa um die 13 Milliarden Franken. Hier liegt doch die grosse Chance für die Schweiz, eine Innovation. Selbst wenn man, wie die Gegenseite, den Klimawandel bestreiten will, so ist es doch eine grosse Chance, auch hier im Land vermehrt Energie zu produzieren, um damit unabhängig von Diktaturen zu werden.

Metzger: Es wäre sicher besser gewesen, wir wären nicht aus der Atomkraft ausgestiegen, dann hätten wir vielleicht keine solch angespannte Energielage.

Zurück zum Klimaschutzgesetz. Im Gesetzestext wird nichts explizit verboten. Das Wort Verbot steht so nirgends geschrieben, alles beruht auf Freiwilligkeit. Franziska Preisig, wenn alles auf Freiwilligkeit beruht, können wir den Planeten mit solch einem zahnlosen Gesetz retten?

Preisig: Sprechen wir über die Schweiz, immerhin ist es ein Schweizer Gesetz. Wenn man, so wie im Gesetz vorgesehen, eine grosse Anschubfinanzierung macht, am Anfang viel Geld in die Hand nimmt, dann kann damit das Meccano angefeuert werden. Die Fördermittel von 200 Millionen pro Jahr sind ein grosser Anreiz und werden, wie schon frühere Beispiele gezeigt haben, garantiert auch genutzt, um von fossilen auf erneuerbare Energieträger umzusteigen. Spätestens dann, wenn man sowieso die Heizung oder Fenster ersetzen muss und weil man merkt, dass man so weniger Energie braucht. Dann werden all die anderen Sachen wie Ölheizung oder Autos mit Verbrennungsmotoren verteuert, weil auch die Nachfrage abnehmen wird. So gesehen werden Dreckschleudern automatisch irgendwann ersetzt, auch ohne Verbote.

Metzger: Schön, dass Sie von Meccano sprechen. Auch ein Meccano braucht Energie, und hier ist die Energie scheinbar das Geld. Man nimmt Geld vom Steuerzahler und von der allgemeinen Staatskasse. Und dann gibt man es aus. Ist das der richtige Weg und die Sache des Staates? Letztlich ist die Frage, woher und aus welcher politischen Richtung man kommt. Entweder will man möglichst viel Freiheit haben, Verantwortung und Handlung den Menschen selber überlassen, oder der Staat bemuttert die Menschen, führt sie und gerät in Gefahr, zu moralisieren, zu verpönen oder die Menschen in eine bestimmte Richtung zu lenken …

Preisig: … in gewissen Situationen kann man das akzeptieren, aber nicht, wenn man auf eine globale Katastrophe zusteuert.

Metzger: … aber nicht die kleine Schweiz alleine …

> **«Ich möchte die guten Ideen hier bei uns sehen»**
> Franziska Preisig

Preisig: … aber wenn ganze Länder kein Wasser mehr haben, die Menschen dort nicht mehr leben können und es so ganze Flüchtlingsströme gibt. Das ist eine globale Katastrophe, die wir nicht mehr kontrollieren können, also tun wir besser daran, heute schon etwas daran zu ändern.

Fossile Energieträger decken heute 59 Prozent des Schweizer Energieverbrauchs, werden praktisch zu 100 Prozent vom Ausland importiert und kosten zwischen acht und zwölf Milliarden Franken pro Jahr. Will und kann man diese Abhängigkeit vom Ausland verringern?

Preisig: Ja, will man …

Metzger: … wir sind uns da einig. Die Frage ist, ob das nicht schon zu spät ist oder

Franziska Preisig: «Nein, es ist ein Anreizgesetz»

SP-Grossrätin Franziska Preisig hingegen sieht im Gesetz reelle Chancen für die Wirtschaft. Foto: Jon Duschletta

allenfalls, wie wir dies erreichen können? Vielleicht mit Selbstdisziplin, vielleicht, indem wir unsere bestehenden Kernkraftwerke effizienter machen und deren Lebensdauer verlängern. Selbstdisziplin betrifft auch die Elektromobilität. Ich bin mir nicht sicher, ob der Trend hin zu Elektrofahrzeugen überhaupt noch weiter anhält. Der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen bei den Fahrzeugen ist ja sicher auch mit ein Grund, weshalb wir diese angespannte Lage haben. Wir haben immer mehr Wärmepumpen und mehr Elektrofahrzeuge, irgendwoher muss dann diese Elektroenergie auch kommen.

Preisig: Das stimmt. Irgendwoher muss sie kommen. Aber man kann auch immer mehr Energie produzieren und einspeisen. Andererseits nimmt der Bedarf überall dort ab, wo wir die Gebäudehüllen energetisch sanieren, effizientere Geräte nutzen oder auf Dächern Photovoltaikanlagen installieren. Es ist ein Zusammenspiel und letztlich genau das, was man mit den Fördergeldern erreichen will. Genau hier möchte man konkret Innovationen fördern, um genau hier auch besser zu werden. Aber es stimmt, es wird nicht gehen, ohne dass man grosse Stromanlagen auf Basis von Wasser, Sonne oder Wind zubauen wird. Das müssen wir gleichzeitig angehen.

«Die guten Ideen kommen von alleine»

Stefan Metzger

Solches entpuppt sich, aktuell auch im Engadin, aber als knifflige Aufgabe. Woher soll der benötigte Strom kommen, wenn die Produktion von erneuerbarer Energie mit Grossanlagen auf Widerstand stösst?
Preisig: Auch da braucht es meines Erachtens eine Koordination. Es geht leider nicht, dass man da nur kommunal denkt anstatt regional, kantonal oder vielleicht sogar national schaut, was wo möglich ist. Auf jeden Fall müssen wir die allerbesten Standorte finden, wo man allenfalls auch verschiedene Energieformen wie Wasser, Sonne und Wind kombinieren könnte.

Metzger: Leichter gesagt als getan. Man hat in Bern beschlossen, dass man leichter zu Bewilligungen kommen will, aber am Ende des Tages werden auch diese Bewilligungsverfahren genau gleich lange dauern, oder solche Projekte werden an den Einwänden von Natur- und Heimatschutzverbänden scheitern, oder weil sie in Landschaftsinventaren liegen, die örtliche Bevölkerung es nicht will oder weil Fledermäuse durch die Windkraftanlagen fliegen könnten. Wenn Sie davon sprechen, dass es weder Verbote noch Pflichten gibt, ja wofür braucht es dann dieses Gesetz? Es ist heuchlerisch, denn es ist ein Gesetz, das Grundlage ist für Geldausschüttungen zu Lasten der allgemeinen Staatskasse, die vom Steuerzahler finanziert wird. Es ist wie beim Gesundheitswesen.

Preisig: Wir haben uns international zum Klimaziel Netto Null bis 2050 verpflichtet. Wie sollen wir das erreichen?

Metzger: Das ist noch weit weg, wir wissen nicht, welche Technologien dann vorhanden sein werden. Dann wollen wir auch schauen, was die anderen Staaten tun, vielleicht haben ja auch die gute Ideen, es müssen nicht immer wir sein …

Preisig: … damit die anderen alle Patente auf die guten Ideen haben und wir nichts. Nein, ich möchte die guten Ideen hier bei uns sehen. Wir sind die guten Ideenlieferanten, wir sollten daran verdienen …

Metzger: … aber nicht der Staat…

Preisig: … das ist nun mal Volkswirtschaft und volkswirtschaftliches Denken. Dass ich das als SP-Politikerin sagen und erklären muss, erstaunt mich an dieser Stelle doch.

Metzger: Die guten Ideen kommen von alleine. Wenn die Nachfrage da ist, dann wird das die Wirtschaft auch entsprechend bedienen. Gute Investoren sind immer die, die Bedürfnisse kreieren und diese dann auch befriedigen und möglichst antizipieren, was die Bedürfnisse sind. Das war schon immer so, dafür braucht es den Staat nicht.

Wie kann man Selbstdisziplin fördern, und was kann man damit erreichen?

Dieses Gesetz schafft Anreize durch Fördergelder

Franziska Preisig

Metzger: Der Mensch ist ein emotionales und auch ein rationales Wesen. Er überlegt sich schon, und er beobachtet auch. Hier im Engadin sehen wir beispielsweise, dass die Gletscher schmelzen und wir Auswirkungen haben auf Blockgletscher oder Permafrostgebiete. Aber, und da gebe ich Ihnen recht, manchmal vergisst man das, wenn man nach Mauritius oder Bali fliegt oder wenn man nicht in Samedan golft, sondern an der Côte d'Azur oder in Südspanien. Aber natürlich befinden wir uns hier auch in einem Zwiespalt. Wir sind eine Tourismusdestination und freuen uns, wenn die Gäste, auch von weit weg, zu uns kommen.

Preisig: Aber Selbstdisziplin ist doch gleichzusetzen mit Freiwilligkeit. Dieses Gesetz ist ja nichts anderes, es ist freiwillig. Es schafft Anreize durch Fördergelder, aber es beruht auf Freiwilligkeit, ob ich dieses Geld tatsächlich auch beanspruche und damit meine Heizung oder meine Fenster ersetze. Ich sehe das Problem nicht.

Metzger: Die Freiwilligkeit wird spätestens dann zu Ende sein, wenn die Verordnungen kommen und die anderen Gesetze, die ja auch angepasst und ausgelegt werden müssen.

Preisig: … das steht nirgends, die kommen ja noch nicht …

Metzger: … die kommen dann schon …

Preisig: … wann dann, 2030?

Stichwort Tourismus. Wie glauben Sie, wirkt sich das Klimaschutzgesetz auf diesen wichtigen Wirtschaftszweig aus?
Metzger: Wenn die Bevölkerung in der Schweiz oder anderen Ländern das Geld nicht mehr hat, um Ferien zu machen, dann wird sich das unweigerlich auf den Tourismus auswirken. Auch auswirken wird sich, wenn die Landschaft nicht mehr schön und gepflegt ist, wenn Wetterveränderungen stattfinden, Naturkatastrophen passieren oder in der Nähe Krieg herrscht. Oder auch, wenn die Menschen in der Schweiz nicht mehr das Geld haben, um am Wochenende ins Engadin zu fahren oder hierhin in die Ferien zu kommen. Ich glaube, der Klimawandel ist mit Abstand nicht die gefährlichste Sache, die wir zurzeit haben. Wir leben in einer Welt, wo es nicht viel braucht, um diese mit anderen Mitteln zu zerstören. In Osteuropa brennt die Zündschnur schon.

Preisig: Es stimmt, eine Atombombe oder ein gesprengtes Atomkraftwerk … Aber trotzdem, das legitimiert doch nicht dazu, nichts zu tun.

Metzger: Ich habe nie davon gesprochen, dass wenn das Gesetz nicht käme, es legitim wäre, nichts zu tun.

Preisig: Aber was wäre die Alternative? Das habe ich noch nicht verstanden.

Metzger: Die Alternative ist, wir machen vernünftige Sachen, steuern nicht alles über das Geld. Der Staat wird immer mehr zum Tummelfeld für alle Beliebigkeiten. Natürlich ist es einfach zu sagen, der Klimawandel ist eine Bedrohung, dass war er auch schon, als andere Lebewesen vor Hunderttausenden von Jahren ausstarben.

Preisig: Erlauben Sie mir eine Frage: Was ist die Hauptaufgabe eines Staates, wann funktioniert ein Staat?

Metzger: Wenn die Menschen untereinander auskommen, wenn gewisse Spielregeln gelten, wenn die Freiheit des Einzelnen dort eine Grenze hat, wo die Freiheit des Anderen beginnt. Dann gibt es noch gewisse Kernbereiche, welche ein Staat zu betreuen hat.

Preisig: Damit es allen einigermassen gutgeht, braucht es den Staat, und deshalb muss der Staat manchmal auch einfach Geld umverteilen, damit eine allgemeine Zufriedenheit erreicht wird.

Metzger: … genauso, wie ich sage, es ist wieder ein Umverteilungsgesetz mehr …

Preisig: … nein, es ist kein Umverteilungs-, sondern ein Anreizgesetz. Trotzdem können es sich viele Eigentümerinnen und Eigentümer ohne die Zuschüsse nicht leisten, einen Heizungsersatz vorzunehmen oder ihr Haus energetisch zu sanieren. Deshalb braucht es diese Finanzierung, deshalb braucht es diese Anreize und diese Förderung. Auch KMUs, die innovativ unterwegs sein wollen, auch die können es sich nicht leisten, gewisse Forschungen zu betreiben und sind dankbar, wenn sie Fördergelder erhalten.

«Der Klimawandel ist mit Abstand nicht die gefährlichste Sache»

Stefan Metzger

Wir haben über Geld und Kosten gesprochen. Gerne würde ich Sie mit ein paar Argumenten aus dem Abstimmungskampf konfrontieren. Der Hauseigentümerverband suggeriert beispielsweise in Inseraten, dass Senioren ihre Häuser zwangsverkaufen müssen, weil sie sich diese nicht mehr leisten können. Ist das eine redliche Argumentation?
Metzger: Absolut redlich …

… warum?
Metzger: Weil Senioren die Kosten einfach nicht mehr tragen können. Es sei denn, der Staat buttert auch hier immer mehr Geld hinein und finanziert die Sache. Noch einmal, auch dies ist eine Art von Prämienverbilligung, einfach in einem anderen Bereich. Was hier getan wird, kann man sich nämlich schon längst nicht mehr leisten. Darum kreiert man solche Gesetze und solche Grundlagen, um Geld aus der allgemeinen Staatskasse auszuschütten.

Weshalb aber muss die Seniorin ihr Haus verkaufen? Sie muss ja nichts tun, auch nicht die Heizung ersetzen, wenn sie das nicht will.
Metzger: Wenn die Lebensdauer ihrer Heizung erreicht ist, wäre dann vielleicht ein anderer Energieträger der günstigere, beispielsweise Erdöl, sie darf diesen dann aber nicht mehr nutzen.

Preisig: Und die zehntausenden Franken, welche die Frau fürs Erdöl ausgeben muss? Wenn man die Endabrechnung macht, dann kommt sie mit einem Ersatz günstiger weg. Sie muss ihr Haus deswegen sicher nicht verkaufen, das sagt dieses Gesetz bestimmt nicht.

Die Gegner sprechen auch vom Stromfresser-Gesetz. Wenn nun Wärmepumpen gefördert werden, die selber viel Strom verbrauchen, woher nehmen wir den Strom?
Preisig: Es gibt auch noch andere Lösungen als Wärmepumpen. Darüber hinaus ist es, wie schon gesagt, sehr wichtig, dass man Energie spart, effiziente Geräte einsetzt, Gebäude saniert und natürlich auch erneuerbare Energien wie Wasser-, Sonnen- und Windkraft zubaut. Klar müssen wir in diesen Bereichen Vollgas geben, unbestritten, aber ich sehe das als grosse Chance.

«Chance auf Unabhängigkeit von Diktaturen »

Franziska Preisig

Und die Strommangellage?
Preisig: Die haben wir, weil wir so abhängig sind von Schurkenstaaten …

Metzger: … weil sich die Schweiz mit Bezug auf die Energieproduktion quasi selbst ‹kastriert› hat, indem sie den Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen hat, und das ohne einen Plan zu haben, wie dieser Ausstieg gleichzeitig kompensiert werden kann.

Man gewinnt den Eindruck, dass man jetzt zu diesem Gesetz Ja sagt, der Staat dann schaut, subventioniert und dann vielleicht einmal Vorschriften oder weitere Gesetze erlässt. Aber stehen wir nicht als Gesellschaft in der Pflicht, unseren Beitrag zu leisten, damit das Ziel der Klimaneutralität erreicht wird?
Preisig: Absolut, der Staat liefert die Instrumente, weil wir etwas tun müssen, aber wir als Gesellschaft. Die Gelder helfen uns, aber es muss dem Staat auch gelingen, uns und uns als Gesellschaft zu begeistern, diese Klimarevolution, die wir jetzt in den nächsten gut 24 Jahren zu schaffen haben, auch schaffen zu können und dabei vordergründig die Chancen zu sehen. Es ist ein Wirtschaftsförderungsgesetz ,und es wird uns helfen, unsere Volkswirtschaft anzukurbeln, riesige neue Chancen zu eröffnen und so das Geld im Inland zu generieren und es da auch wieder in Umlauf zu bringen.

(siehe «Carte Blanche» der beiden Kontrahenten im Frontartikel dieser Ausgabe)

*Franziska Preisig ist freischaffende Juristin und Dozentin in Samedan. Sie vertritt als SP-Grossrätin seit 2018 das Oberengadin im Grossen Rat in Chur.

*Stefan Metzger ist Rechtsanwalt und Fachanwalt SAV Bau- und Immobilienrecht in Zuoz mit Kanzlei in St. Moritz. Er wurde bei den Wahlen 2022 als SVP-Grossrat Oberengadin ins Parlament gewählt.